



DFR-Aufforderung an Innenministerkonferenz “Verhinderung von Femiziden”

Der DFR hat alle Innenminister*innen schriftlich dazu aufgefordert, sich auf der Innenministerkonferenz (IMK) vom 14.-16. Juni 2023 mit dem Thema Femizide in Deutschland zu befassen. Mit dem Unterzeichnen der Istanbul-Konvention, dem „Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt“, hat sich Deutschland dazu verpflichtet, Gewalt gegen Frauen zu stoppen. Femizide sind ein Ausdruck von Frauenhass und die extremste Form frauenfeindlicher Gewalt, weshalb Femizide als gesonderte Kategorie explizit bekämpft werden müssen.

Als Femizid bezeichnet man die Tötung von Frauen* aufgrund ihres Geschlechts. Jährlich werden in Deutschland mehr als 100 Frauen ermordet. Statistisch wird jeden dritten Tag eine Frau* von ihrem männlichen (Ex-) Partner getötet. Das Sammeln von Daten über Femizide erfolgt bisher jedoch nicht in der erforderlichen Art und Weise, um nötige präventive Arbeit speziell gegen Femizide leisten zu können.

Daher fordert der DFR e.V. wir mit Nachdruck, dass sämtliche Innenminister*innen das Thema Femizid-Prävention mit hoher Wichtigkeit vorantreiben. Es bedarf einer umfassenden Strategie und geeigneter flächendeckend eingesetzter Methoden, um insbesondere in der sozialräumlichen, sowie polizeilichen und kriminalistischen Arbeit präventiv tätig zu werden. Verdachtsmomente müssen erfasst, eingeordnet und genutzt, Personal muss geschult und unterstützt werden. Des Weiteren fordern wir die bundesweite Anerkennung und Verwendung des Begriffs „Femizid“ und die Aufnahme der Kategorie „Femizide“ in die polizeiliche Kriminalstatistik.